

Die Stadt hat kein Geld für die Pflege von Gottfried Keller

Der Gemeinderat wollte sparen. Jetzt finanzieren Private die Entfernung von Graffiti auf Kunstwerken.

Jürg Rohrer

8705 Millionen Franken gibt die Stadt Zürich dieses Jahr aus, 136 Millionen davon das Tiefbauamt. So steht es im Budget 2016. Das sind grosse Summen, dennoch musste FDP-Stadtrat Filippo Leutenegger private Sponsoren suchen, um ein Dutzend Skulpturen von Sprayereien zu befreien. Rund 10 000 Franken konnte er aufreiben, spendiert von den Ledermann Immobilien und den Hardturm Immobilien. Dank ihres Zustupfs werden in nächster Zeit einige prominente Figuren wieder sauber: darunter der Kopf von Gottfried Keller am Mythenquai, der Löwe am Hafen Enge, der orange Sirius-Brunnen vor dem Hallenstadion, der Sandsteinmonolith Le Silence in Witikon oder die Arbeiter auf dem Helvetiaplatz.

Der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements hat mit einer Medienmitteilung von der ungewöhnlichen Aktion berichtet. Seine Erklärung: In der Budgetdebatte vom letzten Dezember strich der Gemeinderat 145 000 Franken aus dem Konto für kleine Neu- und Umbauten. Die Begründung: «keine KiÖR-Massnahmen». KiÖR heisst Kunst im öffentlichen Raum; die zuständige Fachstelle ist im Tiefbauamt angesiedelt.

Nachwehen des Hafenkran

Immer noch geschockt vom Hafenkran, versuchten die Bürgerlichen in jener Debatte alles zu streichen oder zu kürzen, was mit Kunst auf der Strasse zu tun hatte. Weil die Grünliberalen und der Parteilose Mario Babini mitmachten, kam die knappe Mehrheit von 63 gegen 62 zustande. Wegen dieser expliziten Begründung sei es dem Tiefbauamt grundsätzlich verwehrt, im laufenden Jahr Geld für Unterhalt und Reinigung von Kunstwerken im öffentlichen Raum auszugeben, schreibt Leutenegger. Wegen Reklamationen und möglicher Nachahmer habe er beschlossen, die augenfälligsten Schmierereien mit privaten Mitteln entfernen zu lassen.

FDP-Gemeinderat Urs Egger war in der Budgetdebatte vom 11. Dezember 2015 der Sprecher der Mehrheit. Er sagt heute, es sei nie die Meinung gewesen, dass die Stadt die Kunstwerke nicht mehr reinigen dürfe. Zweck der Kürzung war, dass die Stadt keine neuen Werke aufstellt. Er sei heute noch überzeugt, dass in den Konten des Tiefbauamts genügend Platz gewesen wäre, um die Reinigungsarbeiten auszuführen. Leuteneggers Interpretation der Kürzungs begründung - «keine KiÖR-Massnahmen» - empfindet Egger als sehr eng.

Dem widerspricht Leutenegger auf Anfrage entschieden: Er habe das von seinen Verwaltungsjuristen abklären



Gottfried-Keller-Statue am Mythenquai: Das Tiefbauamt darf für die Säuberung kein Geld ausgeben. Foto: Giorgia Müller

lassen und von der Rechnungsprüfungskommission den Bescheid erhalten: Es sei «hieb- und stichfest», dass das Tiefbauamt 2016 kein Geld für die Reinigung und den Unterhalt der Kunst im öffentlichen Raum ausgeben dürfe. Weil er aber dennoch die Verantwortung trage für die Reinigung des öffentlichen Raums, habe er einen neuen Ansatz gesucht und eine kleine, aber aussergewöhnliche Massnahme getroffen. Wie fand er denn die Sponsoren? «Ich habe mich gefragt, welche Unternehmen kunstaffin sein könnten, und habe sie angerufen. Ganz einfach und direkt.»

Und warum tut er seine Tat so kurz vor der nächsten Budgetdebatte kund?

«Die Reinigung der Kunstwerke ist dringlich, denn die Gefahr von Nachahmern steigt, und wir haben anhaltende Reklamationen. Mit dem Geld aus dem nächsten Budget könnten wir frühestens Anfang 2017 mit der Reinigung beginnen, das muss transparent gemacht werden.» Selbstverständlich werde er im Budget wieder einen ordentlichen Kredit für die Reinigung und den Unterhalt der KiÖR-Werke beantragen.

Es eilt

Im Budget 2017 sind für kleinere Neu- und Umbauten 803 000 Franken eingetragen, 155 000 weniger als vor einem Jahr. Grund der Einsparung: weniger geplante Massnahmen im Stadtraum.

Es kommt immer wieder vor, dass der Stadtrat Spardiktate befolgen muss und dann Massnahmen trifft, von denen der Gemeinderat sagt: So wars nicht gemeint. Spektakulär passierte das im Jahr 2011, nachdem das Parlament das Budget des Stadtrats zurückgewiesen hatte. Weil in der Folge auch die Altersheime sparen sollten, war von Cervelats statt Filets die Rede und von Tiefkühl- statt Bioprodukten, die den Pensionären vorgesetzt würden.

Weiter wurden die Blumenrabatten im Frühling nicht bepflanzt, am auffälligsten auf dem Areal vor dem Hauptbahnhof. Für die Bürgerlichen war damals klar: Das ist keine Spar-, sondern eine Trotzreaktion.

Mädchen oder Bub? Unklar

Das Kinderspital will seinen Umgang mit Kindern, deren Geschlecht nicht eindeutig ist, aufarbeiten. Das reiche nicht, sagen Betroffene. Noch heute werde zu oft operiert.

Liliane Minor

Kommt ein Kind ohne eindeutige Geschlechtsmerkmale zur Welt oder mit Genitalien, die anders geformt sind als normal, so ist das für Eltern ein Schock - selbst dann, wenn die Missbildung die Gesundheit des Kindes nicht beeinträchtigt. Seit den 1950er-Jahren war die Praxis in solchen Fällen klar: Das Kind wurde möglichst noch im Säuglingsalter operiert, manchmal sogar ohne Einwilligung der Eltern. Nicht selten nahmen die Mediziner dabei nur die Frage zum Massstab, ob es chirurgisch einfacher sei, einen Penis oder eine Vagina zu formen. Welches Geschlecht das Kind tatsächlich hatte (sofern bestimmbar), war sekundär. Selbst grössere Kinder hatten kein Mitspracherecht. Welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlten, fragte niemand. Die Folgen dieser Operationen erleben die Betroffenen oft als traumatisch. Manche müssen ein Leben lang Hormone nehmen; viele leiden an schlecht verheilten Narben, Schmerzen, Schwierigkeiten mit der Sexualität und psychischen Problemen.

«Oft könnte man zuwarten»

Nun will das Kinderspital Zürich, das als führend gilt in der Erforschung und Behandlung von Intersexualität, seine Praxis von einst in einer Studie aufarbeiten. Das teilte das Spital diese Woche mit. Unterstützt wird die Arbeit vom Schweizerischen Nationalfonds. Ein interdisziplinäres Team soll dafür Akten aus den Jahren 1945 bis 1970 aufarbeiten.

Zwischengeschlecht, eine Interessengruppe Betroffener, unterstützt die Forschung. Aber sie genüge bei weitem nicht. «Noch heute werden zu viele Buben und Mädchen operiert, wenn ihr Genital nicht so aussieht, wie es soll», sagt Markus Bauer von Zwischengeschlecht. Typisch ist aus seiner Sicht der Umgang mit Buben, deren Harnröhre nicht an der Penisspitze endet. Diese sogenannte Hypospadie werde bis heute ohne medizinische Notwendigkeit operiert: «Einfach weil die Ärzte finden, ein Junge müsse im Stehen pinkeln können, was bei Hypospadie oft nicht geht.» Auch bei Mädchen mit vergrösserter Klitoris werde häufig vorschnell zum Messer gegriffen.

Rita Gobet, Leiterin Urologie am Kinderspital, weist die Vorwürfe zurück. Seit mehreren Jahren schau ein interdisziplinäres Team zusammen mit den betroffenen Eltern jeden Fall genau an. Dabei spiele auch die soziale Situation eine Rolle: «Die Zeiten, in denen man einfach so operierte, sind längst vorbei.» Gerade bei Kindern, die zwar ein atypisches Genital haben, deren biologisches Geschlecht aber klar ist, entscheiden sich Eltern meist für eine Operation. Nicht ohne Grund, so Gobet: «Es gibt starke Hinweise, dass eine frühe Behandlung das Leben der Kinder erleichtert.» Anders sei es bei Kindern, deren Geschlecht nicht nur optisch unklar sei: «Bei ihnen ist man heute viel zurückhaltender mit Operationen als früher.»

Besitzer schliesst Problemhäuser im Kreis 4

Die Mieter der beiden Gebäude von Peter Sander an der Neufrankengasse haben die Kündigung erhalten.

Stefan Hohler

Mit grossem Getöse haben Stadt- und Kantonspolizei am 20. Oktober 2015 einen Schlag gegen den mutmasslichen Mietwucher durchgeführt: Rund 180 Polizisten sowie Dolmetscher waren dabei im Einsatz. Betroffen waren gegen 120 Mieter von drei desolaten Liegenschaften an der Magnusstrasse 27 und an der Neufrankengasse 6 und 14 im Kreis 4.

Die Häuser gehören Peter Sander, Immobilienunternehmer aus Küsnacht. Dem Multimillionär wird Mietwucher vorgeworfen. Er soll die Wohnungen zu übersetzten Preisen vermietet haben; viele Mieter waren Sozialhilfeempfänger. Peter Sander und drei Mitarbeiter wurden verhaftet. Die Staatsanwaltschaft führte zusammen mit der Kantons- und Stadtpolizei an

den Wohnorten der vier Verhafteten Hausdurchsuchungen durch. Dabei konnten beträchtliche Vermögenswerte sichergestellt werden, wie die Oberstaatsanwaltschaft damals mitteilte.

Nun ist bekannt, wie viel Geld es war: Die Polizei stellte in einem Banksafe von Sander 1,5 Millionen Franken Bargeld sicher, wie aus dem Geschäftsbericht 2015 der Kantonspolizei hervorgeht. Sander und die drei Mitarbeiter sassen rund 50 Tage in Untersuchungshaft. Wann es zum Prozess kommt, ist laut Oberstaatsanwaltschaft noch offen.

Dealer an Neufrankengasse

In diesem Sommer ist das Haus an der Magnusstrasse geräumt worden. Haustür und Parterrefenster sind verbarrikiert. Zwei Mietparteien, die sich gegen die Zustände im Haus gewehrt und eine Mietzinsreduktion verlangt hatten, obsiegt vor der Schlichtungsstelle. Die Zinsen wurden um 60 Prozent gesenkt. Bei den Verhandlungen zwischen Eigentümer und Mietern, an denen auch die Stadt beteiligt war, hatte Sander laut NZZ die Räumung angekündigt.

Im Rahmen der Räumung war im Haus Feuer gelegt worden. Der Schaden beträgt mehrere Hunderttausend Franken. Der Brandstifter konnte verhaftet werden - es war kein Mieter.

Die Schliessung der Liegenschaft hatte Folgen für die Problemhäuser an der Neufrankengasse. Das sagt der langjährige Mieter Andreas Widmer: «Es ist nicht besser geworden, sondern immer schlimmer.» Dealer und Drogenabhängige würden sich nun vermehrt in der Neufrankengasse aufhalten.

Ein Augenschein bestätigt die Aussage. Im Hauseingang stinkt es nach Urin, der Boden ist verdeckt. Im Untergeschoss steht ein gehbehinderter Drogenkonsument. Mieter Widmer schickt ihn fort: «Du weisst, dass du hier nichts zu suchen hast.» Murrend humpelt der Mann hinaus. Widmer schaut sich im Untergeschoss um, öffnet eine schmale Schranktür in der Wand und stösst dort auf einen Nordafrikaner. Er hat kaum Platz im engen Schrankversteck. Widmer wirft auch ihn hinaus: «So geht es Tag und Nacht. Es ist nicht zum Aushalten.»

Weil der langjährige Mieter einer der wenigen Bewohner ist, der sich gegen

die Drogenszene im Haus wehrt, wurde er mehrmals bedroht. Ende August habe ein Dealer ein Messer auf ihn gerichtet, und vor kurzem habe die gleiche Person versucht, seine Wohnungstür in Brand zu stecken. Einige Tage später wurden Zeitungen vor seiner Tür angezündet. Widmer konnte das Feuer mit einer Brandlöschdecke ersticken.

Zukunft der Häuser ungewiss

Die desolaten Zustände an der Neufrankengasse haben bald ein Ende. Laut dem Verwalter der Liegenschaften, Sherry Ch. Weidmann, ist den Mietern auf Ende Jahr gekündigt worden. Dann werden die beiden Häuser wie bereits das Haus an der Magnusstrasse verbarrikiert, damit sie nicht besetzt werden. Was mit den drei Häusern geschieht, ist von Weidmann nicht zu erfahren.

Wie Michael Rüegg, der Sprecher des städtischen Sozialdepartements, sagt, sind deutlich weniger als die Hälfte der rund 80 Mieter Sozialhilfeempfänger. Das Sozialdepartement würde diesen Leuten nur in Notfällen eine Wohnung vermitteln. Im Normalfall müssten sie selber eine neue Wohnung suchen.

Anzeige

FORUM
Unser Wissen für Sie –
öffentliche Vorträge am USZ

Schlaganfall und seine Folgen

Mittwoch, 19. Oktober 2016
18.30 bis 20.00 Uhr, Hörsaal WEST

Der Eintritt ist frei.
www.usz.ch/forum

UniversitätsSpital
Zürich